



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 567 Anfrage Peyer Ludwig und Mit. über die erneute Benachteiligung der Zentralschweiz im schweizerischen Bahnverkehr infolge Verschlechterung des Bahnangebotes von Luzern nach Zürich / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 567 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 101 zu 5 Stimmen zu. Ludwig Peyer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ludwig Peyer: Die Antwort des Regierungsrates hat sowohl eine negative als auch eine positive Seite. Ich beginne mit dem Negativen. Zusammengefasst kann man sagen, dass die SBB die Verbindung aus Zürich in die Ostschweiz optimieren wollen, was zulasten der Zentralschweiz geht. Das Gleis, welches der bisherige Flughafenzug aus Luzern benützt, wird für einen neuen Zug benutzt, der von Zürich nach St. Gallen fährt. Vereinfacht lautet die Frage: Luzern oder St. Gallen? Die SBB setzen ihre Prioritäten anders, als wir von der Zentralschweiz das gerne hätten. Nach starkem Protest aus Luzern kam das Angebot, dass der direkte Zug wieder zur vollen Stunde fahren könne, dazu brauche es aber neues Rollmaterial. Die SBB erhalten diese neuen Züge aber erst mit Verspätung. Was bedeutet diese Angebotsverschlechterung während der nächsten zwei Jahre? Die Fahrzeit verlängert sich aus Luzern Süd um 16 Minuten und aus Luzern West um 30 Minuten. Zudem sind neu drei statt zwei Umsteigevorgänge notwendig. In der Regel hat man für die Reise zum oder vom Flughafen schwere Gepäckstücke dabei. Aus Luzerner Sicht gibt es darauf nur eine Antwort, nämlich: „Nicht mit uns!“. Solche Geschichten sind aus jahrelangen Bemühungen mit der BLS bekannt, als die Verbindungen aus Luzern West verbessert werden sollten. Dort hiess es immer, dass das entsprechende Rollmaterial nicht zur Verfügung stehe. Durch hartnäckigen Protest trat die BLS die Flucht nach vorn an, verschob Rollmaterial und konnte mit dem umfassenden Flügelzugkonzept einen Quantensprung zur Zufriedenheit aller erreichen. Die Lehre daraus ist, dass wir uns mit aller Kraft gegen diese klare Verschlechterung der Anbindung der Zentralschweiz an den Flughafen wehren müssen. Wir müssen Druck aufbauen und halten; oftmals reagieren die Bahnunternehmen erst dann, wenn der Druck noch erhöht wird. Nun aber noch zum Positiven. Regierungsrat Robert Küng, seiner Crew und dem VVL spreche ich ein Kompliment aus. Man kann der Antwort des Regierungsrates entnehmen, was im Sinn der Interessenvertretung gemacht worden ist. Man sieht, dass es sich dabei nicht um eintägiges Heu handelt, auch das darf einmal gesagt werden. Mein Fazit: Wir dürfen diese Verschlechterung nicht akzeptieren, auch nicht für ein oder zwei Jahre. Das Problem haben nicht wir zu lösen, sondern die SBB. Regierungsrat Robert Küng bitte ich, an der Sache dranzubleiben und nötigenfalls sogar noch ein Scheit zuzulegen, wir unterstützen ihn gerne dabei. Nötigenfalls organisieren wir eine ganze

Passagierladung eines Zuges von Luzern nach Zürich Flughafen, also gegen 1000 Leute, welche Regierungsrat Robert Küng wenn nötig begleiten würden.

Marcel Omlin: Die Anfrage von Ludwig Peyer ist sehr gut und sehr wichtig. Die Regierung erklärt, sie gebe sich Mühe. Was aber die SBB in diesem Fall bieten, ist schlicht ein Hohn, denn die Linie Luzern–Zürich ist eine der profitabelsten in der Schweiz. Luzern wird einmal mehr abgestraft. Das Einzige, was mich an der vorliegenden Antwort stört, ist, dass einmal mehr auf die Utopie Durchgangsbahnhof verwiesen wird.

Marcel Budmiger: Einmal mehr bekundet die Regierung viel Verständnis. Sie stellt zwar klare Forderungen: entweder eine möglichst schnelle Wiedereinführung der Direktverbindung zum Flughafen oder den Bau des Durchgangsbahnhofs. Dabei handelt es sich um nichts Neues. Ein „So nicht“ würde unserer Meinung nach anders tönen. Heute Morgen hat der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor erwähnt, dass sich die Regierung nicht in die Entscheide von Unternehmen einmische. Andere Regierungen gehen anders vor. Sie erinnern Unternehmen genauso an ihre soziale Verantwortung, wenn es um Entlassungen geht, oder sie gehen auf die Barrikaden, wenn eine wichtige Direktverbindung gestrichen wird oder ein Staatsbetrieb Arbeitsplätze in der Region streicht. Auch wenn die Gründe für die Verschlechterung nachvollziehbar sind, wünschen wir uns seitens der Regierung ein klareres Signal an die SBB. Letztes Mal ging es um die Direktverbindung in das Tessin, nun geht es um diejenige an den Flughafen. Was wird wohl als Nächstes gestrichen? Der Kanton Luzern muss mehr auf die Barrikaden gehen. Wenn unsere Verbindung an den Flughafen zugunsten von St. Gallen gestrichen wird, kann man sich fragen, wie erfolgreich das Luzerner Lobbying in Bern schlussendlich ist. Aus dem Kanton St. Gallen kommt ein Power-Duo, Rechte und Linke marschieren vereint, und niemand spricht von Utopien. Diese geteilte Standesstimme hat mehr Effekt. Ich bitte die Regierung, an diesem Thema dranzubleiben und sogar noch einen Zacken zuzulegen.

Erich Leuenberger: Ich bin etwas erstaunt über das Votum von Marcel Budmiger, ganz nach dem Motto, dass ein Haar in der Suppe gefunden werden muss. Meiner Meinung nach hat Ludwig Peyer alles auf den Punkt gebracht. Ob Ost–West oder Nord–Süd wichtiger ist, ist eine andere Frage. Die Regierung nimmt sich dieser Frage an, auch der VVL ist involviert. Nun gilt es, dass die Regierung unsere Interessen vertritt und am Ball bleibt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung teilt Ihre Unzufriedenheit, der Kritik an uns muss ich aber Folgendes entgegenhalten. Der neue Fahrplan hat auch Auswirkungen auf unsere Nachbarkantone, denn die Anschlüsse nach Ob- und Nidwalden sind überhaupt nicht mehr gegeben. Eine gute Anbindung von Luzern an den Bahnverkehr ist zentral, dafür setzen wir uns seit Jahren ein. Unsere vorliegende Antwort zeigt auf, dass wir bereits einen Tag nach Bekanntgabe beim Verwaltungsrat und bei der SBB-Spitze auf diese Problematik aufmerksam gemacht haben. Zu unseren Ständeräten haben wir gleichentags Kontakt aufgenommen. Die Ständeräte Konrad Graber und Damian Müller haben sofort eine Interpellation eingereicht und das Gespräch mit den SBB gesucht. Wo wir also noch einen Zacken zulegen sollten, ist mir schleierhaft. Wir haben im Sommer ein weiteres Treffen mit den SBB terminiert. Die SBB wissen genau, dass wir diese Verschlechterung nicht akzeptieren werden. Ich bin überzeugt, dass sich die SBB um eine Übergangslösung bemühen werden.